

Gleichstellungs- und Familienpolitik in Zeiten der Großen Koalition: Neuer Feminismus? Modernisierung? Re-Traditionalisierung?

Tagung von 26. bis 28. September 2008 in Potsdam

SABINE BECKMANN

Seit 2001 hat sich einiges bewegt in der bundesdeutschen Familienpolitik. Die große Koalition führte weiter, was die Familienministerinnen der rot-grünen Koalition begonnen oder vergeblich versucht hatten: Der Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuungsplätze für die unter Dreijährigen wurde weiter aufgestockt und das Elterngeld wurde ähnlich einer Lohnersatzleistung und mit Anreizen für Väter durch Partnerschaftsmonate dem schwedischen Vorbild angenähert. Der Zeitpunkt schien reif, die Gleichstellungs- und Familienpolitik der Großen Koalition genauer zu analysieren. Auf der Tagung „Gleichstellungs- und Familienpolitik in Zeiten der Großen Koalition: Neuer Feminismus? Modernisierung? Re-Traditionalisierung?“ des AK Politik und Geschlecht der DVPW standen deshalb folgende Fragen im Mittelpunkt der Beiträge und Diskussionen: Wie ist der Wandel der bundesdeutschen Familienpolitik zu beurteilen und zu erklären? Welcher Stellenwert kommt der Gleichstellungspolitik angesichts des Bedeutungszuwachses der Familienpolitik noch zu? Und welches Verhältnis kann zwischen Familien- und Gleichstellungspolitik festgestellt werden – auch im internationalen Vergleich? Insgesamt konnte beobachtet werden, dass seitens jüngerer WissenschaftlerInnen ein Ablösen der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik durch Familienpolitik mit dem einseitigen Fokus auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bemängelt wurde. Hingegen waren es gerade WissenschaftlerInnen und frauenpolitische Aktivistinnen der älteren Generation, die darauf hinwiesen, dass mit eben dieser Familienpolitik langjährige Forderungen der Frauenbewegung umgesetzt worden seien. Diese unterschiedliche Schwerpunktsetzung in der Beurteilung der Familien- und Gleichstellungspolitik der Großen Koalition zeigte sich auch in den Beiträgen. So wurde der familienpolitische Wandel von Katharina Spieß (FU Berlin) als ein additiver Paradigmenwechsel bezeichnet, da sich in der Familienpolitik, etwa bezüglich des Ausbaus und der veränderten Akzeptanz der öffentlichen Kinderbetreuung, neue Leitbilder erkennen ließen, jedoch in anderen Politikbereichen (etwa der Steuerpolitik) nach wie vor alte Leitbilder, wie das des männlichen Familienernährers, vorherrschten. Im Gegensatz hierzu hielt Silke Bothfeld (WSI, Düsseldorf) einen Paradigmenwechsel für eine vorschnelle Beurteilung. Stattdessen stellte sie eine Fragmentierung des Geschlechterregimes durch Familienpolitik fest. So zeigten sich in den deutschen Policies Verwerfungen und Brüche. Als Problem konnte sie verschiedene Spannungen zwischen der politischen Regulierung und den sozialen Praktiken sowie Inkohärenzen und Inkonsistenzen feststellen, die letztlich zu einer Fragmentierung des Geschlechterregimes führten. Auch Julia Lepperhoff (Universität Duisburg-Essen) kritisierte als Problem der

Gleichstellungspolitik die Verengung auf Familienpolitik, wodurch weitere Felder der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik aus dem Blick geraten seien. Gleichstellungspolitik, so Lepperhoff, sei durch die Hintertür abgehandelt worden und zeichne sich nur noch durch eine Politik aus, die Chancengleichheit bearbeitet, wenn hieraus ein Mehrwert abgeleitet werden könne. Andere soziale Dimensionen jenseits marktförmiger Verwertbarkeit träten hierdurch zurück. Über eine ebensolche marktförmige oder marketingförmige Nutzung von Diversity Management-Konzepten in Unternehmen konnte Vera Lohel (Siemens AG) berichten. Das Fazit ihres Vortrags war, dass das im von ihr untersuchten Unternehmen eingeführte Programm zum Diversity Management mit einer Zunahme familienpolitischen Handelns, aber einer Abnahme frauenpolitischer Aktivitäten einherging.

Mit verschiedenen Aspekten des Familialismus beschäftigten sich die Beiträge von Christine Wimbauer (WZB, Berlin), Sigrid Leitner (FH Köln) und Dorottya Szikra (Universität Budapest). Die Entwicklungen in der Familienpolitik gingen in konservativen Wohlfahrtsstaaten mit modernisierten Geschlechterleitbildern einher und führten etwa in Deutschland zu einem optionalen Familialismus, so Leitner. Auch Wimbauer stellte fest, dass Frauen in Deutschland teilweise defamiliarisiert und dekommodifiziert würden, dass durch die Segregation am Arbeitsmarkt aber nach wie vor eine starke Stratifikation zu verzeichnen sei. Ein anderes Gesicht des Familialismus zeichnete Szikra, die zeigte, wie sich trotz Staatssozialismus in Ungarn und in Polen unterschiedliche Formen der Familienpolitik entwickelten, wobei in Polen der Einfluss der Kirche staatliche Interventionen ins Familienleben begrenzte.

Unterschiedliche Akzente in der politischen Zielsetzung und ein entsprechendes Re-Framing konnte Anneli Rüling (BMFSFJ, Berlin) im Hinblick auf den zeitgleichen Ausbau der frühkindlichen Betreuung in Deutschland und England feststellen, beides Länder, in denen frühkindliche Betreuung lange abgelehnt wurde. Die veränderte Haltung gegenüber der frühkindlichen Betreuung erfolgte in England mit Blick auf eine Verbesserung der Chancengleichheit, während in Deutschland der Ausbau der frühkindlichen Betreuung im Zusammenhang mit ökonomischen Begründungen zur Frauenerwerbsarbeit stand. Für eine genauere Untersuchung des Wandels von Politik verwies Ute Behning (IEWSR, Bramsche) auf die Bedeutung der EU und plädierte für die Mehrebenenanalyse der EU. Die rückläufige Bedeutung von Gleichstellungspolitik und zunehmende Wichtigkeit von Familienpolitik führte sie auf den veränderten Governancetyp mit der Betonung von Frauenerwerbsarbeit und Vereinbarkeit zurück.

In der abschließenden Podiumsdiskussion mit Christiane Dienel (Staatssekretärin, Landesregierung Sachsen-Anhalt), Thomas Gesterkamp (Köln), Claudia Pinl (Köln) und Sabine Scheurer (Gleichstellungsbeauftragte Stadt Potsdam) konnte als Fazit der Tagung festgestellt werden, dass die bundesdeutsche Familienpolitik zwar wesentliche Schritte in Richtung Geschlechterdemokratie unternommen hat, diese aber wirkungslos bleiben, wenn über Vereinbarkeitspolitik hinaus die Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik mit Blick auf soziale Schief lagen nicht weiter